



1. Grundgesetz

a) Ist das Grundgesetz auszulegen, oder gelten die Buchstaben des Gesetzes?

Auslegungsbedürftig Wortsinn jenachdem s. Anhang

2. Verfassung von Berlin

a) Ist die Verfassung von Berlin auszulegen, oder ist sie im Wortsinn anzuwenden?

Auslegungsbedürftig Wortsinn jenachdem s. Anhang

3. Gleichstellung

a) Gleichstellung muss durch Vorgaben der Politik geschaffen werden, auch wenn Einzelne oder Gruppen dadurch zeitweilig in ihren Möglichkeiten beschnitten werden.

stimmt stimmt nicht jenachdem s. Anhang

b) Gleichstellung geht vor Gleichbehandlung.

stimmt stimmt nicht jenachdem s. Anhang

4. Kultur



a) Die Zentrale Landesbibliothek soll auf dem Freigelände des Flughafens Tempelhof gebaut werden.

Ja Nein Bürgerentscheid siehe Anhang

b) Zoologischer Garten und Tierpark sollen gleichzeitig betrieben werden.

Ja Nein Bürgerentscheid siehe Anhang

c) Die kulturelle Identität der Stadt liegt in der Verantwortung der Landesregierung, deshalb soll Kulturförderung n.M. zentral gesteuert sein.

Stimmt Nein jenachdem siehe Anhang

5. Finanzpolitik

a) Dass Berlin vom Länderfinanzausgleich profitiert ist selbstverständlich, da Metropolen grundsätzlich finanzschwächer sind, aber positiv ausstrahlen.

stimmt stimmt nicht siehe Anhang

Priorität



h) Die Schließung des Flughafens Tempelhof ist

ein Gewinn für die Stadt.

Auf jeden Fall Auf keinen Fall siehe Anhang

c) Die Schuldigen am Berliner Bankenskandal sind zumindest öffentlich gerichtet.

stimmt stimmt nicht siehe Anhang

d) Dass internationale Investmentfonds sich verstärkt im Berliner Immobilienmarkt engagieren ist gut für die Stadt.

stimmt stimmt nicht siehe Anhang

e) Steigende Mieten sind ein gutes Signal.

stimmt stimmt nicht siehe Anhang

f) Wenn die Haushaltsmittel nicht ausreichen, um politische Planungen umzusetzen, muss der Bürger zusätzlich herangezogen werden.

stimmt stimmt nicht siehe Anhang

g) Bezgl. Privatisierung der Wasserbetriebe und der Wasserpreise

(1) wurde im Interesse der Bürger gehandelt.

stimmt stimmt nicht siehe Anhang

(2) wird im Interesse der Bürger gehandelt

stimmt stimmt nicht siehe Anhang

h) Meine/Unsere politischen Vorhaben sind real finanzierbar.

kurz-
fristig

mittel-
fristig

lang-
fristig

nur zum Teil

 3

s. Anhang

6. Schul-/Hochschulwesen

a) Sind Sie für die Wiedereinführung der Vorschulklassen und Abschaffung des JÜL?

Ja Nein siehe Anhang

b) Einführung von Studiengebühren?

Ja Nein siehe Anhang

c) Wie wollen Sie die Einstellung von mehr Lehrern erreichen?

Gehaltsanpassung Verbeamtung siehe Anhang

d) Chancengleichheit ist zunächst wichtiger als individuelle Förderung.

Ja Nein siehe Anhang

e) Die Eingriffe in die studentische Freiheit durch den Bologna-Prozess sind unvermeidbar.

Ja Nein siehe Anhang



4 ⁷ Denkmalschutz

a) Wie stehen Sie dazu, dass der Denkmalschutz z.Zt. durch die jeweilige Landesregierung aufgehoben werden kann?

Gut so! Das ist entgegen dem Sinn siehe Anhang

b) Sollte der Denkmalschutz in Berlin z.B. vor ideologischer Willkür* abgesichert werden?

Ja Nein siehe Anhang

c) In puncto Abriss der Deutschlandhalle wird im Interesse der Bürger und der Stadt gehandelt.

Ja Nein siehe Anhang

d) Die Installation von Gastanks auf dem Dach des Zentralflughafens entspricht den Sicherheits- und Denkmalschutzrichtlinien.

Ja Nein siehe Anhang

e) Der Abbau der letzten Berliner Gaslaternen ist ökologisch und finanziell sinnvoll.

Ja Nein siehe Anhang

Priorität

↓
5

*z.B. Palast der Republik, Schimmelpfenghaus, Deutschlandhalle, Flughafen Tempelhof etc.

8. Klimawandel/Klimaschutz/Umweltschutz

a) Wie wirkt sich die geplante „Randbebauung“ des Tempelhofer Flughafengeländes auf das Stadtklima aus?

Gut Neutral Schädlich keine Ahnung s. Anhang

b) Wie wirkt sich der für die IGA 2017 erforderliche Bodenaustausch aus?

Gut Neutral Schädlich keine Ahnung s. Anhang

c) Die Begriffe *Kaltluftentstehungsgebiet*, *Kaltluftschneise* und *Entstehungsgebiet für bodennahe Winde* beschreiben den gleichen Effekt.

stimmt stimmt nicht keine Ahnung siehe Anhang

d) Klimatisch positiv wirksame Durchgrünung der Stadt bedeutet u.a. auch engere Bebauung von derzeitigen Freiflächen, bei Durchlüftung mittels eingeplanter Kaltluftleitschneisen.

stimmt stimmt nicht keine Ahnung siehe Anhang

Priorität



6

e) Urbane Emissionen sollen vermieden werden. Um den Druck (schädliche Immissionen zu verringern) zu erhöhen, sollte deshalb auf die Erhaltung von Ressourcen, zu deren natürlichem Abtransport ins Umland, verzichtet werden.

Ja Nein Hähh? siehe Anhang

f) Eine grundsätzliche Herabsetzung des innerstädtischen Tempolimits auf 30 km/h verringert den CO₂-Ausstoß und die Feinstaubbelastung.

stimmt so stimmt so nicht siehe Anhang

g) Die Einführung der Umweltzone hat den gewünschten Erfolg.

Ja Noch nicht Nein siehe Anhang

h) Die Ereignisse des 11.03. in Japan zeigen auf, dass der Mensch weit davon entfernt ist, die Naturgewalten zu beherrschen.

Ja Nein siehe Anhang

Priorität



i) Der Energieverbrauch muss eingeschränkt werden, damit auf Atomstrom verzichtet werden kann.

 ⁷

Ja Nein siehe Anhang

j) Deutschland muss jetzt auf eigenen Atomstrom verzichten, dadurch wird es sicherer.

Ja Nein siehe Anhang

k) Deutschland kann jetzt auf eigenen Atomstrom verzichten, dann werden andere nachziehen.

Ja Nein siehe Anhang

9. Naturschutz

a) Innerstädtisch freilebende Wildtiere sollten in geeignetere Gebiete ausgewildert werden.

Ja Nein siehe Anhang

Priorität



8
b) Innerstädtische Biotope sind Luxus.

Ja Nein siehe Anhang

c) Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt hat grundsätzlich Vorrang vor dem Naturschutz.

Ja Nein siehe Anhang

d) Nur 16% des öffentlichen Baumbestands sind gesund, deshalb werden in den nächsten Jahren viele Bäume gefällt werden. Eine entsprechende Neupflanzung wird behördlich aus Kostengründen nicht durchgeführt. Dafür sollen hier, wenn erforderlich, private Patenschaften eingerichtet werden.

Ja So geht es nicht siehe Anhang

e) Für die Schaffung von Ausgleichsflächen bei neuer Bodenverdichtung, ist die planungsrechtliche Umwidmung eines beliebigen Areals (z.B. einer Kleingartenanlage oder eines Friedhofs) im zugehörigen Verwaltungsbezirk ausreichend.

Gut so! Das ist entgegen dem Sinn siehe Anhang

Priorität



9

f) Die alternative Ausgleichszahlung bei Baumfällung braucht nicht zweckgebunden verwendet zu werden. Der jeweils gültige Haushaltsplan setzt hier die Prioritäten.

Gut so! Das ist entgegen dem Sinn siehe Anhang

g) Die Ersatzpflanzung gefällter Bäume kann an beliebiger Stelle im Verwaltungsbezirk erfolgen. Nichteinhaltung erfordert Ausgleichszahlung..

Gut so! Das ist unzureichend siehe Anhang

h) Die natürlichen Lebensbedingungen nachfolgender Generationen sind die jetzt und in Zukunft geschaffenen neuen Lebensbedingungen. Der Mensch entwickelt immer wieder neue Überlebensstrategien. Auf die Erhaltung herkömmlicher Lebensbedingungen kann zugunsten urbaner Optimierung verzichtet werden.

stimmt stimmt nicht siehe Anhang

i) Art. 31 der Verfassung von Berlin bedeutet Entscheidungshoheit des Landes.

stimmt stimmt nicht siehe Anhang

Priorität



10 **Integrationspolitik**

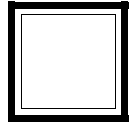
a) Ist Integration gegenseitig?

Ja Nein siehe Anhang

b) „Importierte“ kulturelle Werte sollen kommuniziert und gefördert werden, um die Gesellschaft zu bereichern und ein friedliches multikulturelles Zusammenleben zu erleichtern.

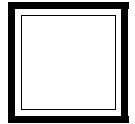
Ja Nein siehe Anhang

c) Die Regeln menschlichen Zusammenlebens unterliegen dem Wandel der Werte. In einer Wandelphase sollen deshalb Regelverstöße unter Einbeziehung individueller kultureller Aspekte sanktioniert werden, ggf. auch gar nicht.



Ja Nein siehe Anhang

d) Das geplante Schaffen von Umständen, die dem Erhalt unterschiedlicher Kulturen bei friedlicher Koexistenz dienen, ist der Förderung unplanbarer individueller Annäherung vorzuziehen, da so eher ein Identitätsverlust vermieden wird.

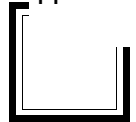


Ja Nein siehe Anhang

Priorität



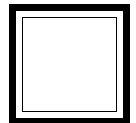
11



e) Unterschiedliche kulturelle Dominanz verhindert den freien Blick auf zukunftsweisende pluralistische Entwicklungsmöglichkeiten. Daher ist es Aufgabe der Politik, hier homogene Strukturen zur Einflussnahme zu schaffen.

Ja Nein siehe Anhang

f) „Deutschland schafft sich ab!“



Und das ist Und das ist
 auch gut Ja Nein nicht gut so! s. Anhang
so!

10. Glaubensfreiheit

a) Glaubensunterschiede sind seit jeher Hauptgrund für Intoleranz und interkulturelle Konflikte. Daher sollen Werte, wie sie z.B. der HVD* trägt, stärker vermittelt werden, als theistische Werte.

Ja, Mensch! Ja Nein Um Gottes Willen: Nein! siehe Anhang

b) Religiösen Befindlichkeiten ist Rechnung zu tragen, auch wenn dadurch Ungleichbehandlung entsteht (z.B. hinsichtlich der Totenruhe).

Ja Nein siehe Anhang

Priorität



* Humanistischer Verband Deutschlands
12

Um die Kosten für würdige Pflege und Betreuung alter und pflegebedürftiger Menschen bezahlbar zu halten, soll das soziale Engagement des Einzelnen gefördert werden:

a) Durch finanzielle Förderung eines freiwilligen sozialen Jahres.

Ja Nein siehe Anhang

b) Durch Einführung eines bundesweit verpflichtenden staatsbürgerlichen Jahres/Halbjahres.

Ja Nein siehe Anhang

c) Durch finanziell attraktivere Gestaltung der Pflegeberufe und Pflegeleistungen.

Ja Nein siehe Anhang

d) Die finanzielle Unterstützung des Familienverbands soll bis zur Belastungsgrenze des persönlichen Lebensunterhalts verpflichtend sein.

Ja Nein siehe Anhang

Priorität



12. Mehr Demokratie wagen

13

a) Die Interessenvertretung der Bürger, auch in Sachfragen, wird durch fünfjährige Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirken in ausreichend kompetente Hände abgegeben.

Dazu werden, wenn erforderlich, anerkannte Interessenverbände zur Entscheidungsfindung gefragt. Die Durchführung eines Volks-/ Bürgerentscheids sollte, aus Kostengründen und um politische Durchsetzungsmöglichkeiten zu vereinfachen, vermieden werden. Dafür sind verschiedene Antragsstufen und Quoren erforderlich, die nur Anträge mit gesamtstädtischem oder gesamtbezirklichem hohem Interesse zum Erfolg führen lassen. Lokale Interessen oder von kleineren Interessengemeinschaften sind zu vernachlässigen.

Ja Nein siehe Anhang

b) Analog zu Art. 24 der Verfassung von Berlin darf politische Macht nicht benutzt werden, um Volksentscheide zu unterlaufen.

Ja Nein siehe Anhang

c) Erfolgreiche Volks-/Bürgerentscheide müssen so umgesetzt werden, dass sie verfassungsgemäß sind. Gegenläufige Gesetze und Verordnungen müssen angepasst werden.

Ja Nein siehe Anhang

Priorität



14

d) U.a. bei größeren städtebaulichen Vorhaben, sollen die betroffenen Bürger vorab großflächig befragt werden. Das Ergebnis muss maßgeblich in die Planungen einbezogen werden.

Ja Nein siehe Anhang

13. Justiz

a) Der gezielte Kampf gegen die organisierte Kriminalität ist verloren, deshalb sollte sich auf Einzelstraftaten konzentriert werden. Das ist sicherer für betroffene Opfer und Ermittler, und damit wird den „großen Fischen“ am ehesten geschadet.

Ja Nein siehe Anhang

b) Der Fall Kirsten Heisig ist geklärt und hat keine Auswirkung.

Ja Nein siehe Anhang

c) Die Verlegung des „Drogenknasts“ ist in dieser Form sinnvoll. Eine Gefährdung für die Anwohner, z.B. durch etwaige Besucher, besteht nicht.

Ja Nein siehe Anhang

Priorität



15

d) Der Justizvollzug in Berlin funktioniert zufriedenstellend.

Ja Nein siehe Anhang

14. Innere Sicherheit

a) Sollen mehr Polizisten eingestellt und geschlossene Reviere wieder geöffnet werden?

Ja Nein siehe Anhang

b) Sollte auf den Straßen wieder mehr Präsenz der Polizei stattfinden?

Ja Nein siehe Anhang

c) Wird links- und rechtsmotivierter Gewalt gleichermaßen und ausreichend begegnet?

Ja Nein siehe Anhang

d) Dürfen verdeckte Ermittler in einer Bürgerinitiative eine lenkende Funktion übernehmen?

Ja Nein siehe Anhang



15. Verkehrswesen

16

a) Wie soll die Problematik der S-Bahn gelöst werden?

Mehr Wettbewerb fin. Unterstützung siehe Anhang

b) Die A100 soll ausgebaut werden.

Ja Nein unterirdisch siehe Anhang

c) Wie stehen Sie zur U-Bahnlinie 55?

Ja Nein weiß nicht siehe Anhang

d) Die zukünftige U-Bahnlinie 5?

Ja Nein weiß nicht siehe Anhang

e) Ausbau der B96 in Lichtenrade und Kostenbeteiligung der Anlieger?

Ja Nein weiß nicht siehe Anhang

f) Sind Sie für eine Tunnellösung der Dresdner Bahn in Lichtenrade?

Ja Nein siehe Anhang

Priorität



17

g) Nachtflugverbot für BBI?

Ja Nein erweitert siehe Anhang

h) Die Problematik der Flugrouten war den Entscheidern nicht bekannt und nicht vorhersehbar.

stimmt stimmt nicht siehe Anhang

i) Der Verkauf des Elternhauses Klaus Wowe-reits in Lichtenrade hat nichts mit einer vorhersehbar veränderten Wertentwicklung dort zu tun.

stimmt stimmt nicht siehe Anhang

j) Öffnung des BBI und Schließung von Tegel und Tempelhof sind für die Berliner ein Gewinn.

Ja Nein siehe Anhang

16. Wirtschaftspolitik

a) Was halten Sie von der Einführung einer Bettensteuer/Kurtaxe für Touristen und Besucher?

- gut schlecht BeBerlin siehe Anhang

V

b) Die Wirtschaftskraft dieser Stadt befruchtet
18 selber, wenn dafür Freiraum gelassen wird.

- Ja Nein siehe Anhang

c) Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt soll verstärkt von Profis gesteuert werden. Damit neue Märkte geschaffen und vermarktet werden können, wird natürlich Zeit, Geld und Optimismus benötigt, doch es lohnt sich schon jetzt.

- Ja Nein siehe Anhang

d) Braucht Berlin eine „BeBerlin“-Kampagne?

- Ja Nein siehe Anhang

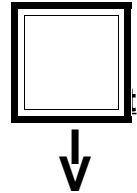
e) Kiezaufwertung durch Problemverschiebung bewirkt Abwertung anderer Kieze und Nachteile für Altbewohner. Doch regt es Investitionstätigkeiten an und ist deshalb gut für die Stadt.

- stimmt stimmt nicht siehe Anhang

17. Arbeitsmarktpolitik

a) Arbeitsplätze entstehen durch politischen Willen.

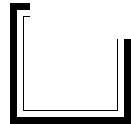
Ja Nein siehe Anhang



19

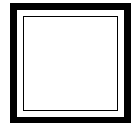
b) HartzIV- Empfängern in Berlin geht es gut.

Ja Nein siehe Anhang



c) Die Arbeitsmarktsituation entwickelt sich zur Zeit positiv.

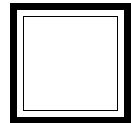
Ja Nein siehe Anhang



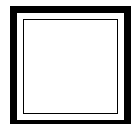
18. Verwaltung

a) Dürfen Themen zur Chefsache gemacht und damit erarbeitete demokratische Regeln außer Kraft gesetzt werden?

Ja Bei Gefahr im Verzug Nein siehe Anhang



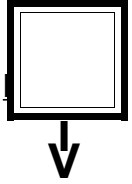
b) Interessenverflechtungen von Entscheidern auf politischer Ebene sorgen für (und das auf breiter Ebene) tragfähige Ergebnisse.



Ja Nein siehe Anhang

c) Was meint der Berliner mit „Filz“?

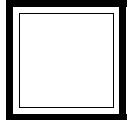
Modemessen Seilschaften Filz? siehe Anhang



20

u) Dürfen Sachfragen durch Verwaltungshandeln vorab entschieden werden?

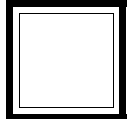
Ja Nein siehe Anhang



e) Die städtische und bezirkliche Verwaltung

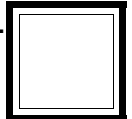
(1) ist z.Zt. ein Staat im Staate.

Ja Nein siehe Anhang



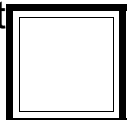
(2) verwaltet sich z.Zt. in erster Linie selbst.

Ja Nein siehe Anhang



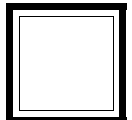
(3) ist am Wohl der Bürger Berlins orientiert

Ja Nein siehe Anhang



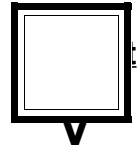
(4) hat hauptsächlich die Funktion, aktuelle politische Vorgaben umzusetzen.

Ja Nein siehe Anhang



f) Verwaltungshandeln soll vorbildlich sein.

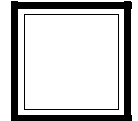
- Ja Nein siehe Anhang



21

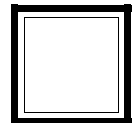
19. Schlussfragen

a) Mit welchen politischen Partnern glauben Sie, Ihre Ziele am Besten umsetzen zu können?



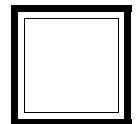
Mit _____, _____, _____

b) Streben Sie in diesem Zusammenhang eher Koalitionen oder überparteiliche Arbeitsgemeinschaften an?



- Koalition Arbeitsgemeinschaft siehe Anhang

c) Meine/Unsere politischen Vorhaben sind umsetzbar.



- kurz-fristig mittel-fristig lang-fristig nur zum Teil s. Anhang

d) Wer hat die Fragen beantwortet?

Name: _____

Ort/Datum: _____

Unterschrift:

Anhang:

22

Zu Frage ____:

